

BMEIA-I9.8.19.06/0037-I.2/2016

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

**15. Tagung der Versammlung der
Vertragsstaaten des Römischen Statuts
des Internationalen Strafgerichtshofs,
Den Haag, 16. - 24. November 2016;
österreichische Delegation**

Vortrag

an den

Ministerrat

Voraussichtlich von 16. bis 24. November 2016 wird in Den Haag die 15. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römischen Statuts (RS) des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gemäß Art. 112 RS, BGBl. III Nr. 180/2002, stattfinden.

Bei dieser Tagung findet neben der jährlichen Generaldebatte über die Arbeit des IStGH, bei welcher der VN-Hochkommissar für Menschenrechte und frühere Präsident der Vertragsstaatenversammlung Zeid Al-Husein die Eröffnungsrede halten wird, u.a. die Wahl eines/r Vizepräsidenten/in der Vertragsstaatenversammlung und die Wahl von sechs Mitgliedern des Budget- und Finanzausschusses statt. Die aktive Teilnahme Österreichs an den Sitzungen der 15. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des RS des IStGH ist angesichts der aktuellen großen Herausforderungen des IStGH, insbesondere im Bereich der Zusammenarbeit, besonders wichtig. Weiters ist am Rande der 15. Vertragsstaatenversammlung eine „Pledging Ceremony“ für das Übereinkommen über die Privilegien und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs (APIC), dessen Vertragspartei Österreich bereits ist, geplant.

Es ist beabsichtigt, zu dieser Tagung folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafter Dr. Werner Druml
Delegationsleiter

Österreichischer Botschafter in den
Niederlanden

Gesandter Dr. Konrad Bühler
Stv. Delegationsleiter

Bundesministerium für Europa,
Integration und Äußeres

Gesandter Mag. Gerhard Eisl

Österreichische Botschaft Den Haag

Mag. Katharina Kofler, BA

Österreichische Botschaft Den Haag

Dr. Astrid Reisinger-Coracini

Universität Salzburg

Die erforderlichen Reisekosten finden im Budget des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres ihre Deckung. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Justiz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem gemäß Art. 64 Abs. 1 B-VG die Funktionen des Bundespräsidenten ausübenden Präsidium des Nationalrates vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 15. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs zu bevollmächtigen.

Wien, am 19. Oktober 2016

KURZ m.p.